

Liebe Mitglieder des Gedenkstättenverbundes Gäu-Neckar-Alb,
liebe Freundinnen und Freunde,

am 21. Februar 2022 erkannte der russische Präsident Wladimir Putin die ukrainischen Regionen Donezk und Luhansk als unabhängige Republiken an und unterzeichneten mit den Separatisten noch am selben Tag Freundschaftsverträge. Wladimir Putin ließ einseitig das Minsker Abkommen scheitern, mit dem die Konfliktparteien in der Ostukraine zu einer friedlichen Lösung des regionalen Konflikts gebracht werden sollten.

Drei Tage später, am Morgen des 24. Februar 2022 überfielen russische Truppen von Donezk und Luhansk, der annektierten Krim und Belarus aus die unabhängige Ukraine.

Als Ursache für den Bruch des Völkerrechts verkündete Wladimir Putin, in der Ukraine würde ein Genozid an der russischsprachigen Bevölkerung ausgeübt und die Ukraine plane, Russland zu überfallen.

„Russland kann sich nicht sicher fühlen, sich nicht entwickeln und nicht existieren, wenn es ständig von der Ukraine bedroht wird.“ Die frei gewählte Regierung der Ukraine bezeichnete Putin als *„volksfeindliche Junta, die die Ukraine ausplündert“*.

„Das Ziel der russischen Spezialoperation ist es, die Menschen zu schützen, die acht Jahre lang vom Kiewer Regime misshandelt und ermordet wurden. Zu diesem Zweck werden wir versuchen, die Ukraine zu entmilitarisieren und zu entnazifizieren und diejenigen vor Gericht zu bringen, die zahlreiche blutige Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung, einschließlich russischer Bürger begangen haben.“¹

Der Aufmarsch der russischen Truppen zog sich über längere Zeit hin und wurde als Manöver bezeichnet. In Gesprächen mit demokratischen Politikerinnen und Politiker aus Europa und den USA leugneten Putin und sein Außenminister stets, die Ukraine überfallen zu wollen.

Der Vorstand des Gedenkstättenverbunds Gäu-Neckar-Alb ist entsetzt, dass 77 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs ein demokratisches Land in Europa überfallen wurde, um eine demokratisch gewählte Regierung zu stürzen und ein Marionetten-Regime zu installieren. Alle Demokratinnen und Demokraten sind aufgefordert, die demokratische Ordnung in Europa zu schützen und sich solidarisch mit den bedrohten Bürgerinnen und Bürgern in der Ukraine und in Russland zu verbinden.

Für den Vorstand des Gedenkstättenverbunds Gäu-Neckar-Alb

Heinz Högerle

25. Februar 2022

¹ Zitate aus der Putin-Rede aus Zeit-Online vom 24.2.2022